

KOLUMNE ZUR ÖKUMENISCHEN SOZIALINITIATIVE (I)

Im Februar 2014 legten die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der EKD einen Impulstext „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ vor. Ziel dieser Ökumenischen Sozialinitiative ist es, eine breite gesellschaftliche Debatte über die Gestaltung einer gerechten Wirtschafts- und Sozialordnung anzustoßen. Im Zuge dieser Diskussion werden die Kolumnen der nächsten Zeit die zehn Kapitel der Sozialinitiative thematisieren und dabei jeweils eine der Thesen im besonderen Maße fokussieren. Nach dem Einführungsbeitrag in der vergangenen Woche starten wir heute mit unserer Kolumne zur ersten These.

Ohne Wachstum geht es nicht

VON TRAUGOTT JÄHNICHEN

Seit mehr als 40 Jahren wird in der Öffentlichkeit die vorherrschende ökonomische Wachstumsorientierung hinterfragt. Dennoch steht Wirtschaftswachstum – gemessen als Summe aller ökonomisch bewerteten Güter und Dienstleistungen durch das Bruttosozialprodukt – nach wie vor im Zentrum der wirtschaftlichen Zielsetzungen. Für unternehmerisches Handeln ist Wachstum der entscheidende Maßstab für den Erfolg der eigenen Unternehmensstrategie, um die Rendite des eingesetzten Kapitals zu messen und in die Zukunft investieren zu können, nicht zuletzt, um Arbeits-



Professor Traugott Jähnichen.

Foto: priv.

plätze zu sichern oder neu zu schaffen. Wirtschaftspolitisch ist Wachstum ebenfalls der entscheidende Indikator für die volkswirtschaftliche Entwicklung. Doch was ist zu tun, wenn das Wirtschaftswachstum immer mehr ökologische Krisen nach sich zieht oder sich – wie das exorbitante Wachstum der Umsätze und Gewinne an den Finanzmärkten – von den realwirtschaftlichen Entwicklungen abkoppelt?

Der Grundsatz christlicher Ethik – in der Sozialinitiative prominent als erste These aufgenommen – lautet, dass wirtschaftliches Handeln, insbesondere wirtschaftliches Wachstum, stets „in den Dienst der Menschen“ gestellt werden muss, indem es „die menschliche Entwicklung insgesamt“ fördert, Armut beseitigt und das Gemeinwohl weiterentwickelt. Im Unterschied hierzu fordern einige Sozialethiker und auch Ökonomen, dass die Orientierung am Wachstum des Bruttosozialprodukts aufgegeben werden sollte. Manche plädieren aus ökologischen Gründen für eine generelle Abkehr von der Wachstumsorientierung, andere fordern,

dass neue Maßstäbe zur Messung der Wohlfahrt eingeführt werden müssten. An vielen Stellen wird in Wissenschaft und Politik in dieser Richtung nachgedacht. Allerdings haben sich diese Initiativen bisher kaum durchsetzen können; zumeist ist es, wenn Konzepte einer Postwachstumsökonomie oder neuen Wohlfahrtsindikatoren vorgestellt wurden, bei bloßen rhetorischen Appellen geblieben.

Demgegenüber fordert die Sozialinitiative, Wachstum in den Dienst der Menschen zu stellen. Diese Überlegung ist zentral, denn auf Wachstum verzichten zu wollen, dürfte illusorisch sein: Bei uns in Industrieländern angesichts der immer noch bestehenden Massenarbeitslosigkeit und sozialer Verwerfungen sowie erst recht weltweit angesichts von Hunger und dramatischer Not.

Damit aber die von der Sozialinitiative eingeforderte Perspektive umgesetzt und Wachstum lebensdienlich für Menschen und Mitwelt genutzt wird, sollten ergänzend zum ökonomischen Wachstum mindestens zwei weitere Indikatoren für Politik, Unternehmen und Öffentlichkeit maßgebend werden: Eine Kennzahl, die den Verbrauch der natürlichen Ressourcen eines Landes pro Jahr verlässlich angibt, etwa der sogenannte „ökologische Fußabdruck“ beziehungsweise für Unternehmen ein „Öko-Audit“, und eine weitere Kennzahl, welche die Entwicklung der ökonomischen Ungleichheit einer Gesellschaft beziehungsweise in Unternehmen die Entwicklung der Lohnspreizung anzeigt. Wenn ein Land oder ein Unternehmen über die natürlichen Belastungsgrenzen hinaus deutlich zu viele Ressourcen verbraucht, müssten Sanktionen greifen, gegebenenfalls auch zu Lasten des Wirtschaftswachstums. Ebenso sollte ein Höchstmaß an Ungleichheit in der Gesellschaft wie in Unternehmen festgelegt werden, um auch hier Fehlentwicklungen relativ zeitnah entgegenzuwirken. Auf diese Weise könnte man speziell die Auswüchse der internationalen Finanzmärkte, die zu einem starken Anstieg sozialer Ungleichheit geführt haben, begrenzen und sie wieder stärker auf ihre Kernaufgabe zu konzentrieren, „der Realwirtschaft und damit den Lebensmöglichkeiten der Menschen – noch präziser: allen Menschen“ (These 1) – zu dienen.

Die hier vorgeschlagene Idee ist im Kern einfach: Es geht nicht darum, das Wachstum abzuschaffen, sondern es durch einen kritischen Vergleich mit dem Ressourcenverbrauch und der Entwicklung sozialer Ungleichheit zu relativieren. Es ist wie bei einem modernen Auto oder besser bei einem Flugzeug: Ein Instrument allein – etwa der Tacho – reicht zur Orientierung nicht aus, man benötigt mehr Informationen, um sicher das gewünschte Ziel zu erreichen. Dies gilt auch für wirtschaftliches Handeln. Nur so bleibt das Wirtschaftssystem zukunftsfähig, wozu „ordnungspolitische Weichenstellungen nötig sind, die allerdings allein national nicht greifen können“. (These 1). Die EU als weltweit größter, einheitlicher Wirtschaftsraum muss hier vorangehen, und die Kirchen sollten im Rahmen der EU-Sozial-Dialoge eine solche Perspektive im Sinn der Sozialinitiative beharrlich verfolgen.

Der Autor hat den Lehrstuhl für Christliche Gesellschaftslehre an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum inne.